

ULRICH BUSCH

Wirtschaftskriminalität im Transformationsprozeß

Seit Beginn der neunziger Jahre vollzieht sich in Mittel- und Osteuropa ein Reformprozeß, der den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend dem Vorbild moderner kapitalistischer Länder im Westen zum Ziel hat. Obwohl dieser Prozeß in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich verläuft und insgesamt gesehen noch längst nicht abgeschlossen ist, führte er doch bereits zu tiefgreifenden Veränderungen in den sozialökonomischen Strukturen und Verhältnissen sowie in den Lebensbedingungen und -ansichten der Menschen.

Die Schaffung privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse und – im Kontext damit – die Herstellung bürgerlicher Freiheiten stehen dabei im Mittelpunkt. »Eigentum zu haben«, Privateigentum, ist, Hegel zufolge, »vom Standpunkte der Freiheit aus, ... das erste Dasein derselben«, also »wesentlicher Zweck für sich« oder »das Vernünftige«¹ schlechthin. »Was und wieviel Ich besitze«, erscheint dagegen als »eine rechtliche Zufälligkeit«².

Im Transformationsprozeß, im Zuge der Privatisierung, wird diese »Zufälligkeit« konkrete Wirklichkeit – mit nachhaltigen Folgen für die Betroffenen. Denn hier entscheidet sich ihr weiteres Los, ihre künftige sozialökonomische Stellung, ihre soziale Zugehörigkeit, ihr Lebensniveau und die Zukunft ihrer Nachfahren. Insofern ist es nicht allzu verwunderlich, daß der Wandel der Eigentumsverhältnisse, die Neuverteilung der Habe, nicht vollständig nach Gesetz und Ordnung verläuft, sondern zum Teil chaotisch, nicht selten am Rande der Legalität (und außerhalb derselben) und mit Methoden, die nur als kriminell bezeichnet werden können.

Ausdruck dessen ist ein drastischer Anstieg der Kriminalität im allgemeinen und der Wirtschaftskriminalität im besonderen. Dies überrascht viele Menschen in den Transformationsländern. Gingen sie doch davon aus, daß mit dem Sturz der kommunistischen Parteienherrschaft die Zustände der Korruptierbarkeit und Willkür beendet sein würden und nun, zusammen mit der politischen Freiheit, Recht und Ordnung einziehen würden. Aber das Gegenteil war der Fall: Mit dem Sturz des alten Regimes brach der letzte Rest von Ordnung zusammen und die neue Freiheit wird von in- und ausländischen Kriminellen und Halbkriminellen dazu mißbraucht, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, ganz legal, aber auch illegal.

Was kennzeichnet die Situation in den Reformländern in dieser Hinsicht ganz besonders?

Ulrich Busch – Jg. 1951, Dr. sc. oec., Bankkaufmann, Dipl.-Ök., von 1987 bis 1997 Dozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Arbeitsgebiete: Geldtheorie, Wirtschaftspolitik, Transformation; Veröffentlichungen vor allem zur Transformationsproblematik: z.B. »Probleme der Einheit« Bd. 3, Monetäre Probleme, 1991 (Hg.); »Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung« (Mithrsg.) 1991; »Theorie und Praxis von Transformation in der Gegenwart« 1992; Aufsätze in: »Transformation in Mittel- und Osteuropa« 1993; »Sozialpolitik in der ökonomischen Diskussion« 1994; »Questioning Development« 1996; »Zur politischen Ökonomie der Transformation« 1997; in UTOPIE kreativ zuletzt: »Kapitalimport und Entwicklung« (Nr. 63).

»Was wir jetzt haben ist eine Synthese aus Spätstalinismus und Frühkapitalismus; eine gaunerhafte Akkumulation. Bis sich da soziale Marktwirtschaft als sich selbst regulierendes System durchsetzt, wird wohl noch viel Zeit vergehen müssen, in der wir uns auch auf allerhand Scharlatane mit utopischen oder wirtschaftsliberalen Maximalversprechungen einstellen müssen.«
 Jelena Bonner: Das Land ist ein stinkender Futtertrog, in: Berliner Zeitung vom 29. Oktober 1992.

Einmal das Ausmaß der Kriminalität, ihre relativ große Verbreitung. *Zweitens* die krassen Formen, in denen sie auftritt und die häufig anzutreffende Brutalität und Gewalt. *Drittens* die Hilflosigkeit, zum Teil aber auch Gleichgültigkeit, die Politiker und öffentliche Meinung ihr gegenüber an den Tag legen, insbesondere bei der Privatisierung. Offensichtlich stehen alle drei Momente im Zusammenhang mit der Transformation.

Jelena Bonner, die Witwe des Nobelpreisträgers Andrej Sacharow, sprach 1992 von einem »unvorstellbaren Ausmaß sozialer und moralischer Verkommenheit« in Rußland³. 1994 titelte eine deutsche Zeitung: »Die Mafia regiert das Land«⁴. »Innerhalb kürzester Zeit häufte die Mafia unvorstellbare Kapitalmengen an. Sie stattete ihre Mitstreiter mit Waffen aus, erkaufte sich das Stillhalten der Polizei und des KGB.«⁵ Ob Rauschgifthandel, Waffenschmuggel, Geldwäsche, Korruption, Handel mit radioaktivem Material, Schutzgelderpressung, Immobilienspekulation, Zollvergehen, Menschenhandel oder Raub – es fehlt nichts. Jede Form von Kriminalität ist inzwischen in Mittel- und Osteuropa vertreten. »Mehr als 1000 Mafiagruppen« aus Rußland, räumte Präsident Jelzin 1994 ein, operieren bereits global und unterhalten »Verbindungen zum internationalen organisierten Verbrechen«. Ihre Position in Rußland ist inzwischen so gewachsen, daß sie »schon in wenigen Jahren ... bis zu 30 Prozent des heimischen Sozialprodukts kontrollieren – und damit zu einer weltweiten Wirtschaftsmacht aufsteigen könnten«⁶. Der mehrfach angekündigte »gnadenlose Krieg gegen Korruption und organisiertes Verbrechen« dagegen wurde nur halbherzig geführt und blieb folglich weitestgehend wirkungslos. Ebenso die Aktion »Saubere Hände«, die 1995 ins Leben gerufen wurde, um der Korruption und den Finanzmachenschaften im Staatsapparat Herr zu werden. »Die Zwischenbilanz ist ernüchternd«, schrieb 1997 »Die Welt«: »Von großen Korruptionsprozessen oder sauberen Händen keine Spur.«⁷

Aber auch »kleinere« Delikte wie Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Steuerhinterziehung usw. sind an der Tagesordnung. In Albanien verlor ein ganzes Volk durch Anlagebetrug seine Ersparnisse. Betrügerische Bankrotte gibt es überall, auch in Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien usw. Riesige Summen an Kapital fließen, aus dunklen Kanälen kommend, ins Ausland, zwischen 1992 und 1995 allein aus Rußland 25 Mrd. US-Dollar⁸, anderen Angaben zufolge sogar 60 Mrd.⁹ Die Finanzmärkte fungieren unter den gegenwärtigen Bedingungen eher als Bereicherungsplätze für Kriminelle denn als Schaltstellen für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Ein Drittel der Einnahmen russischer Unternehmer fließen als Bestechungsgelder an korrupte Beamte, ein anderer, noch größerer Teil fließt illegal ins Ausland. Rußlands Innenminister Kulikow nannte hier kürzlich die Summe von 300 Mrd. US-Dollar, die von russischen Unternehmern ins Ausland transferiert worden sein soll.¹⁰ Steuerfahnder, Polizisten, Richter, aber auch Unternehmer, Banker und Journalisten leben gefährlich. Premierminister Tschernomyrdin spricht von einer »totalen Kriminalisierung der Gesellschaft«. »Rußland versinkt im Sumpf von Korruption und Schattenwirtschaft«.¹¹

»Nur 16,5 Prozent der russischen Firmen zahlen pünktlich ihre Abgaben ... Die Steuermoral könnte kaum niedriger sein, wächst aber, nachdem Filme über das Heer der 170.000 Steuerbeamten gezeigt werden, die Türen eintreten und mit Handschellen hantieren. Rußland will versuchen, die Schattenwirtschaft, die 50 Prozent der Wirtschaftstätigkeit ausmacht, besser auszuleuchten.«
 Die Welt vom 14. März 1997.

Aber auch in Ländern mit größerer Transparenz und effizienter arbeitendem Kontrollapparat wie z.B. Tschechien »versickern Milliardenbeträge in dunklen Kanälen«. 200 Mrd. Kronen sind »bei der Privatisierung verschwunden« und ca. »ein Viertel des ursprünglichen Vermögens wurde verschleudert«¹², was nichts anderes heißt, als daß es in die Taschen cleverer Unternehmer, Banker, Spekulanten sowie in- und ausländischer Krimineller gewandert ist. Das Diktum von Premier Vaclav Klaus, »der Markt kennt kein schmutziges Geld«, zeigte Wirkung: Ausländische Investoren »plünderten gemeinsam mit tschechischen Geschäftspartnern die Substanz von Betrieben, Banken und Investmentfonds.« Der kriminelle Kapitalismus triumphiert und »der Anstand«, so Vizefinanzminister Triska, »wird sich erst in der zweiten Generation durchsetzen«¹³.

Fehlerhafte Wahrnehmungen

Bei aller Dramatik und der zweifelsohne beängstigenden Zunahme krimineller Aktivitäten beim Übergang zur Marktwirtschaft ist die Wahrnehmung der Situation in den Reformländern doch in zweierlei Hinsicht getrübt: *Zum einen* wird sehr häufig außer acht gelassen, daß auch die staatssozialistischen Gesellschaften keineswegs von Wirtschaftskriminalität frei waren. Es gab »große«, quasi von Partei und Regierung zu verantwortende Formen, so beispielsweise bei Export- und Importgeschäften mit dem westlichen Ausland, bei Devisentransaktionen, bei der Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zugunsten der »Nomenklatura«, im Sinne von Korruption, Fälschung, Mißbrauch etc., und natürlich »kleine«, quasi private Formen wie Diebstahl, Unterschlagung, Bestechung usw. Darüber hinaus waren spezifische Delikte verbreitet, die es im Grunde genommen nur im Staatssozialismus gab, wie (kollektiver) Betrug bei der Planerfüllung, Leistungsabrechnung und Qualitätskontrolle, Fälschungen in der Statistik u.a.m. Daß in den Medien darüber kaum oder nur sehr einseitig berichtet wurde, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dies alles gab, zum Teil in erschreckendem Ausmaß. Alles in allem aber dürfte die Wirtschaftskriminalität in Mittel- und Osteuropa *vor der Wende* im internationalen Vergleich und gegenüber der Situation im Transformationsprozeß eher gering zu Buche geschlagen haben. Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und in den verschiedenen Perioden sind dabei natürlich zu beachten. Ganz sicher gab es zum Schluß, unter dem Eindruck erodierender Werte und sich auflösender Strukturen, deutlich mehr Verstöße und Delikte als in der vergleichsweise stabilen Periode der sechziger und siebziger Jahre.

Zweitens ist zu konstatieren, daß die in dieser Hinsicht in die neue Gesellschaft gesetzten Erwartungen überzogen, wenn nicht sogar falsch sind: Die Marktwirtschaften des Westens, die im Transformationsprozeß als »Vorbild« fungieren, sind, trotz ausgefeilter Rechts- und Kontrollsysteme, in hohem Maße kriminalisiert. Bürgerliche Freiheit, Privateigentum und Marktwirtschaft sowie die, Gewinnstreben, Egoismus und Ausbeutung legitimierende bürgerliche Moral begünstigen nicht nur unternehmerische Initiativen, sondern setzen auch kriminelle Energien in einem Maße frei,

Die Folge von Schattenwirtschaft und Korruption ist eine »Epidemie von Auftragsmorden an Unternehmern und korrupten Beamten. Im letzten Jahr wurden 450 solcher bezahlten Morde verübt, im Vorjahr 530.«
Die Welt vom 2. Januar 1997.

1996 wurden in Rußland »26 Steuerfahnder im Dienst getötet und 74 verletzt. 164 Inspektoren seien mit körperlicher Gewalt bedroht worden... Die Regierung hat inzwischen eine Sonderkommission gegen Steuerhinterziehung eingesetzt sowie eine spezielle Steuerpolizei. Die Beamten tragen Gesichtsmasken, um nicht erkannt zu werden.«
Die Welt vom 29. Januar 1997

wie dies in den Diktaturen des realen Sozialismus nicht möglich war.

Insofern gehört die Zunahme, besonders *wirtschaftskrimineller* Aktivitäten zum Transformationsprozeß dazu, einerseits als *Zeichen beginnender kapitalistischer Normalität*, andererseits aber auch als ein spezifischer Zug transformatorischer Gesellschaften. Praktisch lassen sich beide Momente selbstverständlich nicht trennen, analytisch ist es aber angezeigt, hier sorgfältig zu differenzieren.

Die Spitze organisierter Kriminalität dürfte in Westeuropa Italien verkörpern: Die bekannten Mafiagruppen »Cosa Nostra«, »Sacra Corona Unita«, »Ndrangheta« und »Camorra« kontrollieren einen Großteil der Wirtschaft. Drei von zehn Handelsunternehmen haben Verbindungen zur Mafia, 25 Prozent aller Bankoperationen sind »dunkler Herkunft«. Das Vermögen der Mafia wird auf rund 400 Mrd. DM geschätzt. Staatschefs, Minister, Richter und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind in kriminelle Machenschaften verstrickt und stehen wegen Korruption und Amtsmißbrauch vor Gericht.¹⁴

Aber auch in Deutschland haben wir es mit einer Zunahme krimineller Delikte »unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen« zu tun, nicht selten auch unter Anwendung von Gewalt. Die allein durch organisierte Kriminalität entstandene Schadenssumme wurde für 1994 auf annähernd 3,5 Mrd. DM geschätzt, der darüber hinaus rechtswidrig erzielte Gewinn auf 1,231 Mrd.¹⁵ Die Hauptformen organisierter Kriminalität im Bereich der Wirtschaft sind: Vermögens- und Eigentumsdelikte, Korruption, Betrug, Produktpiraterie, Umweltdelikte, illegaler Technologietransfer, illegale Leiharbeit, Mißbrauch von Zahlungsmitteln, Falschgeldherstellung, Investmentbetrug, Steuerhinterziehung, Computerkriminalität usw. In einschlägigen Studien und Publikationen wird festgestellt, daß die »organisierte Wirtschaftskriminalität zunehmend an den Stützpfeilern des Staates nagt«. »Weiße-Kragen-Täter sind in alle wichtigen Schaltstellen der Wirtschaft und Verwaltung eingedrungen und verstehen es, ihren Einfluß in weite Bereiche der Politik auszudehnen«. Die Korruption hat sich in Deutschlands Verwaltung ausgebreitet: »zielgerichtet, flächendeckend und systematisch«. Sie ist »ein Alltagsphänomen, nicht nur in den Amtstuben, auch in der Privatwirtschaft«¹⁷. Allein im öffentlichen Bauwesen gehen dem Staat durch Korruption jährlich 10,1 Mrd. DM verloren.¹⁸ Korruption ist inzwischen ein »globales Phänomen, das keinesfalls vom Süden oder Osten monopolisiert wird«¹⁹.

Ebenfalls Hochkonjunktur haben Steuerhinterziehung, insbesondere in ihrer Ausprägung als Steuerflucht ins Ausland, Versicherungsbetrug, Kapitalanlagebetrug, betrügerischer Bankrott, Zollvergehen, Patentbetrug, Geldwäsche, Diebstahl, Schattenwirtschaft. Zum Teil gibt es keine oder nur unwirksame Gesetze dagegen. Das »Geldwäschegesetz« beispielsweise stammt erst vom 29. November 1993. Gegen Geldanlagebetrug gibt es bisher überhaupt noch keinen wirksamen Rechtsschutz, obwohl der hierdurch entstandene volkswirtschaftliche Schaden immens ist. Experten

»Als erster italienischer Minister wurde der ehemalige Gesundheitsminister Francesco De Lorenzo von einem neapolitanischen Gericht wegen nachgewiesener Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung zu einer Haftstrafe verurteilt. Ihm werden außerdem Korruption, Amtsmißbrauch und illegale Parteifinanzierung zur Last gelegt... Von insgesamt 97 Verbrechen, die auf der Anklageschrift standen, hielten die Richter 76 für bewiesen.«

Die Welt vom 10. März 1997

»Ob in Baubehörden oder Anwaltskanzleien, Firmenbüros oder Finanzämtern – eine Hand wäscht die andere in deutschen Amts- und Geschäftszimmern.« Der Spiegel, Nr. 50 vom 12. Dezember 1994, S. 114.

»Oberstaatsanwalt Schauensteiner berichtet, daß allein bei seiner Abteilung Organisierte Kriminalität und Korruption bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main über 1.500 Einzelverfahren gegen Amtsträger und Unternehmer wegen Korruption, Untreue und Betrug anhängig sind.« Peter Eigen: Das Nord-Süd-Gefälle der Korruption, in: Kursbuch, Nr. 120, 1995, S. 163.

schätzen, daß Anleger in Deutschland jährlich rund 40 Mrd. DM an Betrüger und »windige Finanzvermittler« verlieren²⁰. »Der Gesetzgeber schaut dem Treiben bisher tatenlos zu. In einem Land, dessen Regelungswut die Bürger täglich zu spüren bekommen, herrscht auf dem grauen Kapitalmarkt nahezu grenzenlose Freiheit.«²¹ Um der Steuer auf Kapitaleinkünfte zu entgehen, transferieren »Bundesbürger in Scharen dreistellige Milliardenbeträge nach Luxemburg oder in andere Steueroasen«²². Unterstützt werden sie dabei von Banken sowie Steuer- und Finanzberatern. Den dadurch verursachten Korrekturbedarf in der deutschen Kapitalertragsbilanz bezifferte die Bundesbank für 1994 mit ca. 14 Mrd. DM.²³

Diebstahl in Betrieben ist an der Tagesordnung. Der jährliche Schaden durch »wirtschaftsinterne Straftaten« wird auf bis zu 35 Mrd. DM geschätzt.²⁴ Ähnlich hoch wird der Verlust, der durch betrügerische Insolvenzen entsteht, veranschlagt: 30 Mrd. DM.²⁵

»Der Tatort Wirtschaft wird immer populärer« – so eine Schlagzeile in der Presse²⁶. Die Wirtschaftskriminalität blüht, in Deutschland wie in Europa. Wies die deutsche Kriminalstatistik 1988 auf dem Gebiet der Wirtschaft 2.241 Fälle auf, so stieg diese Zahl 1991 bereits auf 2.861, 1992 waren es 3.750 und 1993 5.769 Fälle. 1995 verdoppelte sich die Zahl auf 10.269 Fälle; 1996 waren es 14.525.²⁷ Hinzu kommt die sogenannte »Sozialkriminalität«, das heißt der Mißbrauch staatlicher Sozialleistungen. Experten schätzen das Ausmaß derselben auf 15 bis 20 Prozent des Leistungsumfanges, hoch genug, um geahndet zu werden, aber deutlich geringer als in entsprechenden Pressekampagnen immer wieder behauptet.²⁸

Das größte Problem in diesem Zusammenhang stellt jedoch die »Schattenwirtschaft« dar. Es ist hinreichend bekannt, daß die Transformationsländer damit zu tun haben. Für die entwickelten Marktwirtschaften des Westens gilt dies jedoch gleichermaßen. So liegt der Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt Deutschlands (je nach Schätzmethode) bei 10 bis 30 Prozent, in Großbritannien bei 5 bis 20 Prozent, in Italien bei 15 bis 33 Prozent und in Schweden bei 5 bis 15 Prozent, um nur einige Länder zu nennen.²⁹ Die Schattenwirtschaft umfaßt *legale* Aktivitäten, die am Finanzamt und an den Versicherungssystemen vorbei organisiert werden, ferner *legale* Tätigkeiten, die illegal erbracht werden (»Schwarzarbeit«) und *illegale*, das heißt im eigentlichen Sinne kriminelle Aktivitäten. Während in den Transformationsländern das Problem zu einem beachtlichen Teil darin besteht, daß am Markt vorbei und ganz traditionell Subsistenzwirtschaft betrieben wird, dominieren in den westlichen Ländern Schwarzarbeit und illegale Aktivitäten.

Infolge der Schattenwirtschaft kommt es zu Wohlfahrtsverlusten in Form allokativer Verzerrungen, zu Steuer- und Beitragsausfällen in Größenordnungen und zu unerwünschten Einkommens- und Vermögenseffekten.³⁰ Eine Lösung zeichnet sich hier nicht ab.

Ein besonderes Feld krimineller Machenschaften eröffnete sich in Europa mit dem gemeinsamen Binnenmarkt (1993). Betrügereien im Bank- und Zahlungsverkehr, Verstöße gegen Copyright und Markenschutzbestimmungen, der Mißbrauch von Computer- und Informationstechnologien, Investmentbetrug, Versicherungsschwindel,

»Korruption ist ein unentbehrliches Herrschaftsmittel der Führungsschicht ...

Ohne Verfilzung von Geld, ohne betrügerische Manipulation der Massen ist keine moderne Gesellschaft mehr regierbar.«

H.-E. Richter: Die hohe Kunst der Korruption, Hamburg 1990.

»Die Steuerhinterziehung ist zur Massenkriminalität geworden.«

Handelblatt vom 5. Juli 1995.

»Die Schwarzarbeit in der Bundesrepublik hat nach Erhebungen des ...Volkswirtschaftlers Friedrich Schneider beträchtlich zugenommen. Für 1997 schätzt Schneider den Umfang der Schattenwirtschaft auf 548 Milliarden Mark, was einem Anteil von 15 Prozent am Bruttoinlandsprodukt entspreche.«
Berliner Zeitung vom 19. Juni 1997.

»Betrügereien und Schmutz- gel haben der Europäischen Union und ihren Mitglieds- staaten im vergangenen Jahr Schäden in Höhe von 1,3 Mrd. Ecu ... verursacht ... Besonders anfällig für Betrug sei der gesamte Landwirtschaftsbereich der EU, auf den etwa die Hälfte des EU-Haushalts entfällt. Dort habe man Verluste von 345 Mio. Ecu zu beklagen ... Die meisten Meldungen über Betrügereien im Land- wirtschaftsbereich (liegen) aus Deutschland (479 Fälle) und aus Italien (476) vor.« Die Welt vom 7. Mai 1997.

»Geschäftsleute aus Ost- und Westdeutschland plündern die Unternehmen der Treuhandanstalt. Sie tricksen, täuschen und bestechen. Hemmungslos werden Bilanzen frisiert. Selbst die vornehme Zunft der Wirtschaftsprüfer spielt mit. Der Steuerzahler wird um Milliarden betrogen.« Der Spiegel, Nr. 37/1991, S. 122ff.

Zollvergehen u.ä. erreichten eine neue Dimension. Die bisher erfaßte Schadenssumme beträgt 117 Mrd. DM³¹. In großem Stil schröpfen Betrüger die Kassen der Europäischen Union. Bis zu 13 Mrd. DM versickern jährlich in »dunklen Kanälen«.³²

Aus all dem geht hervor, daß es den »sauberen Kapitalismus«, die Marktwirtschaft ohne Wirtschaftskriminalität, nicht gibt. Für die Länder Mittel- und Osteuropas heißt das, daß sie im Zuge ihrer Transformation zwar die eine oder andere Variante krimineller Aktivität eindämmen oder überwinden werden, das Problem als solches ihnen jedoch erhalten bleiben wird.

Wirtschaftskriminalität und Privatisierung

Ein besonders enger Zusammenhang besteht in den Transformationsländern zwischen Wirtschaftskriminalität und Privatisierung. »Wenn staatliches Eigentum en gros umverteilt wird, wenn sich Gesellschaftsstruktur und Volksmentalität wandeln«, schrieb Rußlands Tycoon W. A. Gussinski, dann »bekommt natürlich der fleißigere, dynamischere Typ seine Chance«.³³ Ob nur er – das ist hier die Frage. Soziologische Untersuchungen kommen da zu ganz anderen Aussagen! Beispielsweise ergab eine 1992 in Rußland durchgeführte Befragung von Bürgern und Unternehmern, daß 62,5 Prozent der Bürger und 48,2 der Unternehmer der Meinung sind, die neue russische Unternehmerschicht rekrutiere sich aus »alten Nomenklaturkadern«. 51,2 bzw. 15,5 Prozent gaben als »soziale Quelle« des Unternehmertums »mafiaähnliche Gruppierungen« an, 61,9 bzw. 78 Prozent Mitarbeiter des Handels, 33,2 Prozent ehemalige Betriebsleiter und nur 16,1 bzw. 58,2 Prozent »unternehmungslustige Arbeiter und Angestellte«.³⁴

Diese Aussagen korrespondieren durchaus mit den Antworten auf die Frage: »In wessen Interesse vollzieht sich bis jetzt die Privatisierung?« An erster Stelle der Nennungen standen »Schattenwirtschaft, Mafia u.ä.« (57,1 Prozent), an zweiter »ehemalige Nomenklatura« (38,9 Prozent) und erst danach »unternehmungslustige Menschen« (17,4 Prozent), Vertreter der »demokratischen« Bürokratie (9,7 Prozent) und übrige Werktätige (2,4 Prozent).³⁵

In keinem Transformationsland vollzog sich die Privatisierung so, wie von den Akteuren der »Revolution« gewollt und vom Volk erwartet, weder in Ostdeutschland noch in Polen, weder in Tschechien noch in Ungarn, und schon gar nicht in Rußland.

In der DDR wurde im März 1990 mit dem Ziel der »treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums« und der »Wahrung der Anteilsrechte« der Bürger die Treuhandanstalt gegründet.³⁶ Drei Monate später erhielt diese den Auftrag der »Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens«³⁷. Innerhalb kürzester Frist sollten 8.500 Betriebe mit 45.000 Betriebsstätten, 4,1 Millionen Beschäftigten und einem Buchwert von 1,2 Billionen Mark sowie Grund- und Immobilienvermögen im Werte von 1,1 Billionen Mark privatisiert werden. Der Erlös sollte den Menschen in Ostdeutschland zugute kommen.³⁸ 1994 beendete die Treuhand ihre Tätigkeit, jedoch mit einem Defizit in Höhe von 231,5 Mrd. DM. Der hierin zum Ausdruck kommende Wertverlust hatte viele Ursachen, vor allem aber die Bewertungs- und Verkaufspraxis der

Treuhandanstalt selbst. Das letztendliche Resultat der Privatisierung war ein gigantischer Vermögenstransfer von Ost nach West: »Aus Volkseigentum wurde Westeigentum« (Friedrich Schorlemmer). Die bei jeder Privatisierung öffentlichen Vermögens zu verzeichnende Umverteilung »zugunsten der besser Gestellten«³⁹ begünstigte hier einseitig westdeutsche Kapitaleigner, zum Nachteil der ehemaligen DDR-Bürger.⁴⁰

Trug die Übereignungspolitik der Treuhand im Rahmen der »Kolonialisierung der DDR« im Ganzen bereits Züge einer rüden Übervorteilung, so galt dies erst recht im einzelnen. Wie eine »Springflut« ergoß sich nach der Vereinigung die Kriminalität über Ostdeutschland.⁴¹ Die Zustände in der EX-DDR luden geradezu dazu ein, schrieb Albrecht Graf Matuschka, »ein Schnäppchen zu machen. In der ersten Phase war...die kriminelle Energie besonders groß«.⁴² Als Privatisierungsbehörde war die Treuhand dem Risiko ausgesetzt, daß sich ihre Mitarbeiter am Treuhandvermögen bereicherten. Tatsächlich gab es auch »zahlreiche Fälle von kriminellen Kollusionen zwischen Mitarbeitern der Treuhandanstalt und Käufern«, wobei es sich bei den bekannt gewordenen nur um »die Spitze des Eisbergs«⁴³ handeln dürfte. 1993 ermittelte die Berliner Staatsanwaltschaft in 450 Fällen »wegen Verdachts auf Betrügereien bei der Privatisierung von Treuhandfirmen«.⁴⁴ Inzwischen wurden von der Treuhandnachfolgerin BvS 996 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Gegen 180 eigene und ehemalige Mitarbeiter ist Strafanzeige gestellt worden.⁴⁵ Dazu ist zu bemerken, daß der Treuhand-Apparat selbst »Mechanismen« geschaffen hatte, die illegale Geschäfte zumindest nahelegten, zum Beispiel die Zahlung »satter Prämien« für einen »Firmenverkauf im Schweinsgalopp«. Privatisierung nach dem Motto: »Je schneller, desto mehr Geld.«⁴⁶

Nicht wenige westdeutsche und ausländische Firmen haben sich bei der Privatisierung im Osten »gesund gestoßen«. In den bis heute andauernden Subventionsbetrügereien findet dieser Prozeß seine Fortsetzung. Die Privatisierung und der Aufbau Ost gerietem so »in Teilen« zu einem »kriminellen Milliardencoup«⁴⁷, von dessen wahren Ausmaß in Mittel- und Osteuropa kaum einer eine Vorstellung hat.

Trotz unterschiedlicher Privatisierungsstrategien und -verläufe in den Reformländern, gibt es Übereinstimmung darüber, daß die einzelnen sozialen Gruppen und Schichten letztlich in sehr unterschiedlichem Maße an der Neuverteilung der Ressourcen partizipieren und kriminelle Machenschaften dabei eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Insbesondere sind es drei Gruppen, die auf Grund ökonomischer Kompetenz und hoher Vermögensausstattung von der Reallokation des Eigentums klar begünstigt werden: Die frühere Nomenklatura, Akteure aus dem Bereich der Schattenwirtschaft und ausländische Investoren. Besonders deutlich wird dies bei der »spontanen Privatisierung«, da hier die zur ersten Gruppe zählenden Betriebsdirektoren und Manager im Vorteil sind. Bei der Verkaufsprivatisierung dagegen haben die ausländischen Investoren und die illegal zu Reichtum gelangten Vertreter der Schattenwirtschaft das Sagen. Nicht so eindeutig stellt sich dies bei der Kupon- oder Voucherprivatisierung, wie sie in Tschechien, Ruß-

»Nach dem weitgehenden Abschluß der Privatisierungsarbeit durch die Treuhandorganisationen präsentiert sich Ostdeutschland mit einer kargen Unternehmenslandschaft. Zwischen Erzgebirge und Ostsee gibt es insgesamt nur noch 164 Betriebe, die über 50 Mio. DM umsetzen und gleichzeitig mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen... Der Osten ist weitgehend zu einer Region der Tochterfirmen geworden.«
Die Welt vom 10. Juli 1997.

»Die alte und die neue Nomenklatura sind die zwei legitimen realen Beteiligten der Privatisierung. Es gibt noch einen dritten Beteiligten: das Schattenkapital. In den Jahren der Jelzinschen Reformen konnte es sich legalisieren und so herüberretten. Das Schattenkapital (faktisch kriminelles Kapital) übertraf die alte ›kommunistische‹ und die neue ›demokratische‹ Nomenklatura in ihren kriminellen Methoden der Bereicherung. Als Folge erhielt der Prozeß der Privatisierung im gegenwärtigen Rußland im wesentlichen einen kriminellen Charakter«.

B. W. Rakitskij/G. J. Rakitskaja: Privatisierung – Interessen, Absichtserklärungen, Methoden und Resultate, in: UTOPIE kreativ, Nr. 71 (September 1996), S. 58.

»Die Voucher-Privatisierung brachte eine Welle von Betrügereien und organisierter Kriminalität hervor. Der Staat zog sich während der Voucher-Privatisierung eigenmächtig vom Schutz der Interessen der Bevölkerung zurück.«

B. W. Rakitskij/G. J. Rakitskaja: Privatisierung – Interessen, Absichtserklärungen, Methoden und Resultate, in: UTOPIE kreativ, Nr. 71 (September 1996), S. 59.

land, Lettland, Litauen und der Ukraine vorgenommen wurde, dar.

In Tschechien zum Beispiel erfolgte zunächst, getragen von der Idee des »Volkskapitalismus«, nach der Kuponverteilung in zwei Versteigerungsrunden eine breite Streuung der Gutscheine. Dann vollzog sich aber ein Konzentrationsprozeß, in dessen Verlauf zehn große, mehr oder weniger »obskure« Fonds, hinter denen oft »dubiose Finanziere« standen⁴⁸, mehr als 50 Prozent der Gutscheine auf sich vereinigten und damit faktisch die Wirtschaft kontrollieren. 1996 fand dann, quasi als »dritte Privatisierungsrunde«, eine »stürmische Unternehmensübernahmewelle« statt⁴⁹, in deren Verlauf sich westlichen Ländern vergleichbare Eigentumsstrukturen herausbildeten. Verlauf und Ergebnis dieses Prozesses waren Anlaß genug für den tschechischen Präsidenten Vaclav Havel, von »ungeheuren Betrügereien« und unkontrollierten Vermögensumschichtungen zu sprechen.

Nicht viel anders die Entwicklung in Rußland, wo in einer ersten Etappe mittels Vouchers eine bloß »formale Verteilung des staatlichen Eigentums« erfolgte. 1994 schloß sich eine zweite Etappe an, die sogenannte »Geldprivatisierung«, meistens in Form von Auktionen. Hierbei werden die Aktien bereits privatisierter Unternehmen, die noch im Besitz des Staates sind, verkauft. Arbeiter, so wird eingeschätzt, werden nur in den wenigsten Fällen in der Lage sein, mitzubieten. Parallel dazu vollzieht sich über den Verkauf des größten Teils der Aktien, »die den ›einfachen‹ Arbeitnehmern gehören«, jetzt ein weiterer Umverteilungsprozeß. »Und es entwickelt sich sehr schnell ein Kampf um große Aktienpakete.« Das Ergebnis schließlich wird die Konzentration der Aktien »in relativ wenigen Händen« sein.⁵⁰ Die Öffentlichkeit im In- und Ausland assoziiert die russische Privatisierung nicht selten »mit Skandalen und Unregelmäßigkeiten«⁵¹. Dies mag nicht immer und nicht durchgehend zutreffen, zu einem Teil aber wohl doch. Auch gelangt immer häufiger Faktenmaterial in die Medien, das den »kriminellen Charakter der Privatisierung« belegt. N. Prostow behauptet gar, daß die »Prozesse der Privatisierung auf allen Ebenen von einflußreichsten kriminellen Strukturen kontrolliert und geleitet werden«⁵².

Die Bevölkerung reagiert auf diese Entwicklung mit Frustration, Enttäuschung, Verzweiflung und Wut: Nicht nur in Ostdeutschland, Tschechien und Rußland, auch in der Slowakei fühlen sich die Menschen durch die Privatisierung »betrogen«⁵³, nicht anders in Ungarn, wo mittlerweile ein Drittel der Wirtschaft in den Händen von Ausländern ist und in Polen, wo die »Solidarnosc« stets von »betrügerischer Privatisierung« spricht⁵⁴ und anhaltender Widerstand die »große« Privatisierung immer wieder verhinderte bzw. hinauszögerte⁵⁵.

Erklärungsansätze

Für die Erklärung der Kriminalität im Transformationsprozeß, speziell im Privatisierungskontext, gibt es im wesentlichen drei Ansätze: *Erstens* wird die unzureichend entwickelte Rechtsordnung dafür verantwortlich gemacht. *Zweitens* die realsozialistische Vergangenheit, die mit der Nomenklatura fortlebt. *Drittens* wird

versucht, das Phänomen historisch zu erklären, unter Bezugnahme auf die sogenannte ursprüngliche Akumulation.

Der *erste* Ansatz sieht das Hauptproblem in der fehlenden Rechtssicherheit, in institutionellen Defiziten sowie in einer lückenhaften Gesetzgebung und Kontrolle: »Nicht die Exzesse des Marktes fördern die Ausbreitung der Mafia in Rußland, sondern der Mangel an Rechtllichkeit, das Fehlen eines Staates, der diesen Namen verdient, das Fehlen ehrlicher und fähiger Richter.«⁵⁶

Oberflächlich betrachtet ist dies durchaus zutreffend. Die sozialen und ökonomischen Grundlagen der Wirtschaftskriminalität lassen sich mit diesem Ansatz jedoch nicht erklären, erst recht nicht deren historische Dimension.

Der *zweite* Ansatz betont die Kontinuität des Problems und zielt in seiner Kritik vor allem auf die staatssozialistische Elite, die sich im Zuge der Privatisierung, im Verein mit Schattenwirtschaft und Kriminellen, als neue Kapitalistenklasse konstituiert. Unterstützt wird sie dabei durch Reformregierungen, die auf das schnelle Entstehen »einer neuen Eigentümerklasse als soziale Stütze des Kapitalismus«⁵⁷ setzen. So kommt die Privatisierung »vor allem jenen Kräften zugute, die bereits im alten System mit krimineller Energie große Kapitalien angesammelt hatten«⁵⁸.

Die Revolutionen von 1989 fanden »nicht statt«, schrieb P. Sipošegy. Die Länder Mittel- und Osteuropas haben zwar eine »gewaltige Umwälzung« erlebt, aber keine »wirkliche« Revolution. Denn »die Elite des alten Systems wurde zum Hauptprofiteur der neuen Freiheit«, die »ehemalige politische Führungsschicht bildet die Elite unseres heutigen Wirtschaftslebens«⁵⁹. Bis auf Ostdeutschland, wo ein exogener Elitewechsel vollzogen wurde, trifft dies zu. Trotzdem taugt dieser Ansatz nur zur Erörterung personeller und soziologischer Aspekte der Transformation, nicht aber der sozialökonomischen, auf die es jedoch gerade ankommt.

Demgegenüber stellt der dritte Ansatz die veränderten Eigentumsverhältnisse und die im Sinne einer kapitalistischen Marktwirtschaft transformierten Produktions-, Verteilungs- und Austauschbeziehungen in den Mittelpunkt, ungeachtet bestimmter personeller und sozialer Kontinuitäten.

Mit dem politischen Systemwechsel 1989/90 stellte sich die »Eigentumsfrage« als die Grundfrage. Praktisch heißt das, daß die Privatisierung des Staatseigentums Hauptinhalt der Transformation ist. Und diese erfolgt, je nach Lage der Dinge und jeweiligem politischen Programm, als Restitution, als aktive oder passive Schenkung, Voucher- oder Kuponverteilung oder als Verkauf. Egal, welcher Methodemix praktiziert wird: Letztlich begünstigt jede Form diejenigen, die über Einfluß, Beziehungen, Kompetenz und vor allem über Geld verfügen. Abgesehen von ausländischem Kapital sind dies die alte Elite, Schattenwirtschaftler und Kriminelle. Aus diesen Gruppen rekrutiert sich, soziologisch gesehen, das Kapital bzw. die neue Elite. Und zwar nicht nur personell, sondern auch materiell, wie empirische Untersuchungen belegen: So sehen, einer Befragung zufolge, 74,8 Prozent die »Quellen des ursprünglichen Kapitals« russischer Unternehmer in »unsauberen Geschäften« im Handel und Dienstleistungsbereich, 52 Prozent in

Die russische Privatisierung war »die schnellste Massenprivatisierung in der Weltgeschichte: Innerhalb von nur zwanzig Monaten ließ der damalige Privatisierungsmi-nister Anatolij Tschubais, heute Chef des Präsidentenapparates, rund 14.000 Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umwandeln und praktisch verschenken. Tschubais Privatisierungsprogramm wird heute heftig kritisiert: Weil es dabei nicht immer mit rechten Dingen zugeht, haben vor allem Politiker, Direktoren und Bankiers profitiert, während die meisten Russen sich mit ein paar Aktien am ehemaligen Volkseigentum zufriedengeben mußten.« J. Eigendorfer: Shareholder in Moskau, in: Die Zeit vom 15. November 1996.

»Die russische Mafia fiel nicht vom Himmel. Der Westen dachte in seiner Allwissenheit, die Sowjetunion lebe unter dem Joch des Kommunismus... In Wirklichkeit lebten wir einfach nur unter der Herrschaft der weltgrößten Mafia.« A. Minkin: Die Mafia regiert das Land, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. Februar 1994.

»Bei dem allgemein als Perestroika bezeichneten Prozeß ... spielte der Nomenklatura-Traum, den eigenen Reichtum auch als Lebensstil zu demonstrieren, schon eine gewisse Rolle. Zur bewegenden Kraft der Historie wurde aber das Bestreben der sowjetischen Ministerial- und Industriekapitäne, ihre de-facto-Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in einen de-jure-Besitz zu verwandeln.« B. Kerneck: Russische Höllenkreise, in: Kursbuch, Nr. 120, 1995, S. 78.

»Die Verbindung der neuen mächtigen Kriminalkapitale mit der Staatsmacht beendet endlich den Zugang zum in Rußland aufgetauchten freien Markt und zur Konkurrenz.«

A. Solschenizyn, in: Die Welt vom 2. Januar 1997.

»Die Privatisierung der Produktionsmittel ist mit Sicherheit das Kernstück der Reform. Sie ist zugleich ihr schwierigster Teil. Eine erprobte Methode für die möglichst rasche Überführung des größten Teils der Eigentumsrechte es nicht... Die Eigentumsverteilung, die wir heute in westlichen Ländern vorfinden, ist in einem langen historischen Prozeß entstanden, an dessen Anfang der rechtmäßige Erwerb sicher nicht die einzige Form der Aneignung gewesen ist.«

G. Fels: Nichts ersetzt das Eigentum, in: FAZ vom 30. Januar 1991.

»In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanfteren politischen Ökonomie herrsche von jeher die Idylle. Recht und ›Arbeit‹ waren von jeher die einzigen Bereicherungsmittel... In der Tat sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andere, nur nicht idyllisch.«

Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 742.

der »faktischen« Aneignung staatlichen Eigentums durch Angehörige der Nomenklatura, 50,4 Prozent in der Korruption, 41 Prozent in der Aneignung staatlichen Eigentums »auf Grundlage eines Kompromisses« zwischen alter und neuer Nomenklatura und nur 6,4 Prozent in »Ersparnissen ehemals gut bezahlter Arbeitnehmer«. ⁶⁰ Das historische Muster für die Interpretation dieser Vorgänge bildet – trotz historischer Verschiedenheit – der sozialökonomische Umbruch, der in Westeuropa zwischen dem 15. und 18. Jahrhunderts erfolgte und zur Etablierung des klassischen Kapitalismus führte. Auch damals spielten Eroberung, Enteignung, Ausplünderung, Raub, Diebstahl, Betrug usw. als Methoden der Umgestaltung eine entscheidende Rolle und das »Kriminalkapital« hatte als Wucher- und Spekulationskapital, Kolonialausbeute, Handelsprofit, Landraub, Kriegsgewinn, Piratenschatz usw. an der Konstituierung der neuen Ordnung wesentlichen Anteil. Daß dies später von der bürgerlichen Geschichtsschreibung verdrängt wurde und statt dessen Fleiß und Sparsamkeit zu den Hauptquellen des Kapitals gemacht wurden, geschah aus rein apologetischer Absicht und hat mit der historischen Wahrheit nicht viel zu tun.

Die heutige »Wiedergeburt« des Privateigentums vollzieht sich unter historisch anderen Umständen, aber auf ähnliche Art und Weise wie in der Periode der »ursprünglichen Akkumulation« ⁶¹. Jede anders lautende Interpretation dient der Legendenbildung, nicht aber der historischen Wahrheit, ähnlich wie einst die Theorie von der »ursprünglichen Akkumulation«, die in der bürgerlichen politischen Ökonomie »ungefähr dieselbe Rolle spielte wie der Sündenfall in der Theologie« ⁶².

Anmerkungen:

- 1 G.F.W. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Berlin 1981, S. 80 und 83.
- 2 Ebenda, S. 83.
- 3 J. Bonner: Das Land ist ein stinkender Futtertrog, in: Berliner Zeitung vom 29. Oktober 1992.
- 4 Süddeutsche Zeitung vom 22. Februar 1994.
- 5 A. Minkin: Die Mafia regiert das Land, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. Februar 1994.
- 6 Wirtschaftswoche, Nr. 20, vom 13. Mai 1994.
- 7 Die Welt vom 11. Juli 1997.
- 8 Vgl. Die Welt vom 23. Januar 1997.
- 9 Vgl. Die Zeit vom 15. November 1996.
- 10 Die Welt vom 2. Januar 1997.
- 11 Ebenda.
- 12 Wir leben im wilden Osten, in: Der Spiegel, Nr. 19/1997, S. 162ff.
- 13 Ebenda, S. 160.
- 14 Vgl. Italiens Wirtschaft versinkt im Mafia-Sumpf, in: Die Welt vom 13. Februar 1997.
- 15 H.-L. Zichert: Die Entwicklung der Organisierten Kriminalität in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23 vom 2. Juni 1995, S. 11ff.
- 16 R. Müller/H.-B. Wabnitz: Wirtschaftskriminalität. Eine Bedrohung für Staat und Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23 vom 2. Juni 1995, S. 28f.
- 17 Der Tagesspiegel vom 3. März 1997.
- 18 Vgl. Die Welt vom 27. Juni 1997.
- 19 P. Eigen: Das Nord-Süd-Gefälle der Korruption, in: Kursbuch, Nr. 120/1995, S. 163.
- 20 Die Welt vom 21. Februar 1997.
- 21 O. Schumacher: Zocker, Deppen, Angeber, in: Die Zeit vom 4. August 1995.
- 22 Anreiz für Schwarzgeld, in: Die Zeit vom 1. März 1996.
- 23 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1995, S. 51.
- 24 Vgl. Die Welt vom 24. Februar 1997.
- 25 Vgl. R. Müller/H.-B. Wabnitz: Wirtschaftskriminalität..., a.a.O., S. 34.
- 26 Die Welt vom 29. März 1997.
- 27 Berliner Zeitung vom 22. Mai 1997.
- 28 Vgl. Die Welt vom 28. Februar 1997.
- 29 Vgl. Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, Bd. 4, München 1987, S. 1639f.
- 30 Vgl. W. Pommerehne/G. Kirchgässner: Schattenwirtschaft als wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung, in: WISU 10/94.
- 31 Vgl. Die Welt vom 25. April 1997.

- 32 Vgl. Berliner Zeitung vom 13./14. Juli 1996.
- 33 Mythos vom kriminellen Geld, in: Der Spiegel, Nr. 6/1997, S. 139.
- 34 Vgl. A. Tschepurenko: Die neuen russischen Unternehmer als reformtragende Kraft im Urteil der Bevölkerung, Russisches Unabhängiges Forschungsinstitut für sozialpolitische und sozialökonomische Probleme, Moskau 1993, S. 4.
- 35 Vgl. ebenda, S. 14.
- 36 Vgl. Gbl. d. DDR 1990, Teil 1, Nr. 14.
- 37 Gbl. d. DDR 1990, Teil 1, Nr. 33 (»Treuhandgesetz«).
- 38 Vgl. BGBl. II S. 889 (Einigungsvertrag, Art. 25).
- 39 H. Brücker: Privatisierung in Ostdeutschland, Frankfurt/New York 1995, S. 178.
- 40 Vgl. U. Busch: Der reiche Westen und der arme Osten – Vermögensdifferenzierung in Deutschland, in: J. Backhaus/G. Krause (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, Marburg 1997, S. 9-50.
- 41 WirtschaftsWoche, Nr. 36, vom 3. September 1993, S. 20ff.
- 42 Ein Land im Sonderangebot, in: Der Spiegel, Nr. 6/97, S. 104.
- 43 H. Brücker: Privatisierung..., a.a.O., S. 321.
- 44 Die Welt vom 10. September 1993.
- 45 Vgl. Berliner Zeitung vom 12. Februar 1996.
- 46 Schleuderpreise bei der Shopping-Tour im Osten, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. Januar 1994.
- 47 Berliner Zeitung vom 14. Februar 1995. Vgl. auch WirtschaftsWoche, Nr. 29, vom 16. Juli 1993.
- 48 K.-P. Schmid: Der Markt als Fata Morgana, in: Die Zeit vom 6. Juni 1997.
- 49 Vgl. M. v. Bismarck-Osten: Hielt die Gutscheinprivatisierung in Mittel- und Osteuropa, was sie zu versprechen schien?, in: Osteuropa-Wirtschaft, 3/1996, S. 189ff.
- 50 A. Netchaev: Privatisierung in der Praxis: Wer sind die entscheidenden Akteure?, in: Rußland auf dem Weg zur Neuformierung von Interessen, Macht und Strukturen, Veröffentlichungen der Hans Martin Schleyer-Stiftung, Köln: Bachem 1995, S. 91f.
- 51 M. v. Bismarck-Osten: Hielt die Gutscheinprivatisierung in Mittel- und Osteuropa, was sie zu versprechen schien?, a.a.O., S. 195.
- 52 N. Prostow: Verlauf, erste Ergebnisse und mögliche Schlußfolgerungen der Privatisierung der Industrie in Rußland, in: UTOPIE kreativ, Nr. 71 (September 1996), S. 53 und 55.
- 53 Slowaken unzufrieden mit Privatisierung, in: Berliner Zeitung vom 23. Juni 1995.
- 54 J. Tyvner: Fragen voller Rätsel, in: Die Zeit vom 16. Februar 1996, S. 24.
- 55 D.Ipsen: Anhaltender Widerstand gegen die polnische Massenprivatisierung, in: J. Backhaus/G. Krause (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, a.a.O., S. 105ff.
- 56 M.V. Llosa: Der Teufel als Prediger, in: Die Zeit vom 14. Februar 1997.
- 57 J. Daschko: »Diebe im Gesetz« – vom Aufbau der russischen Mafia, in: Wostok, 6/96, S. 67.
- 58 B. Kerneck: Russische Höllenkreise, in: Kursbuch, Nr. 120, 1995, S. 86.
- 59 P. Siposhegy: Die Revolution fand nicht statt, in: Die Zeit vom 7. Juni 1991, S. 28.
- 60 A. Tschepurenko: Die neuen russischen Unternehmer..., a.a.O., S. 13.
- 61 Vgl. U. Busch: Die schwierige Wiedergeburt des Privateigentums, in: Berliner Debatte. INITIAL, 6/94, S. 95-106.
- 62 K. Marx: Das Kapital. Erster Band, in: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, S. 741.